

# Stellungnahme zum Antrag

DIE LINKE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.:

Verantwortlich: **Dez. 1**

Dienststelle: **ZJD / GB**

## Umsetzung des Hamburger Konzepts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Sozialausschuss	16.03.2022	6	x	

### Kurzfassung

Die Stadtverwaltung begrüßt den Antrag von DIE LINKE-Gemeinderatsfraktion ausdrücklich.

Aufgrund der aktuellen finanziellen Gegebenheiten kann die Stadt Karlsruhe jedoch keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben übernehmen.

Im Rahmen der bestehenden einschlägigen Arbeitskreise wird die Entwicklung alternativer Maßnahmen für das sozialräumliche Umfeld von Gewaltbetroffenen auf der Grundlage der bestehenden Hilfs- und Unterstützungsstrukturen eruiert.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen   Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja

Nein  Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)

Umschichtungen innerhalb des Dezernates

Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.

CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

## **Ergänzende Erläuterungen**

Die Stadtverwaltung begrüßt den Antrag auf Umsetzung des Hamburger Konzepts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ ausdrücklich. Das sozialraumbezogene Hamburger StoP-Konzept ist eine sinnvolle Ergänzung zur bestehenden Hilfs- und Unterstützungsstruktur, die durch zentrale Beratungsangebote gekennzeichnet ist. Es stellt eine geeignete und innovative Maßnahme zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen dar.

Die zum Aufbau erforderlichen Handlungsschritte (Analysen, Netzwerkarbeit, Fortbildungen, etc.) und eine längerfristige Umsetzung sind jedoch ressourcenintensiv. Nach Informationen des Hamburger StoP-Konzepts braucht es dazu mindestens eine halbe Stelle pro Stadtteil für das Minimum von zwei Jahren sowie ein Sachkostenbudget (siehe: <https://stop-partnergewalt.org/wordpress/konzept/wie-funktioniert-stoppen/>). Für eine Umsetzung in Karlsruhe sind weder in der bestehenden spezifischen Hilfe- und Unterstützungsstruktur noch in den mit der sozialen Quartiersentwicklung verbundenen Angeboten und Netzwerken entsprechende Ressourcen vorhanden, um das mit dem Konzept verbundene zusätzliche, spezifische Aufgabenprofil zu erfüllen. Daher wären auch in Karlsruhe für die Umsetzung des StoP-Konzepts zusätzliche Ressourcen erforderlich. Aufgrund der aktuellen finanziellen Gegebenheiten kann die Stadt Karlsruhe jedoch keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben übernehmen.

Der zentrale Ansatzpunkt des Hamburger StoP-Konzepts, die Entwicklung von Maßnahmen für das sozialräumliche Umfeld von Gewaltbetroffenen und Tätern, ist für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Karlsruhe relevant und wird daher in die bestehenden Arbeitsgruppen zum Thema Gewalt gegen Frauen mitgenommen und bei der Konzeptentwicklung der Istanbul-Konvention einbezogen. Ziel ist es, auf der Grundlage der bestehenden Hilfs- und Unterstützungsstrukturen Maßnahmen für das sozialräumliche Umfeld von Gewaltbetroffenen zu eruieren.